

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 34 (1993)  
**Heft:** 12

**Artikel:** Eine Bilanz  
**Autor:** Martin, Eric  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1096007>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Minister Eric Martin zur Osteuropahilfe des Bundes

### Eine Bilanz

Am 9. November 1989 fiel die Berliner Mauer. Seither hat Europa einen gewaltigen Wandlungsprozess durchgemacht.

Die osteuropäischen Staaten sind auf einem mühsamen Weg zur sozialen Marktwirtschaft und zur Demokratie westlichen Zuschnitts. Rückschläge und negative Entwicklungen waren bisher häufiger als spektakuläre Erfolge. Die Menschen in Osteuropa haben hohe Erwartungen in die Marktwirtschaft gesetzt. Sie erhoffen sich eine rasche und spürbare Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Es leuchtet ihnen nur schwer ein, dass es ihnen in der sozialen Marktwirtschaft schlechter gehen soll als in der alten Ordnung.

Für das Soziale an der sozialen Marktwirtschaft gibt es in Osteuropa heute nur wenig Platz. Arbeitslosigkeit und Inflation bringen viele Menschen in grosse Bedrängnis. Den meisten Staaten fehlt

aber die wirtschaftliche Kraft, um die Misere allein zu überwinden. Die Reformländer brauchen deshalb dringend internationale Hilfe.

Die Unterstützung dieser Staaten wurde plötzlich zu einem bedeutenden Teil der schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik. Die wirtschaftliche und politische Stabilisierung der osteuropäischen Reformländer liegt auch im Interesse der Schweiz. In Osteuropa kann die Schweiz zeigen, dass die von allen Seiten geforderte aktive schweizerische Europapolitik mehr ist als eine Worthülse.

Bundesrat und Parlament schalteten nach dem Fall der Mauer schnell: Im Juni 1990 konnten das Eidgenössische Departement für Auswärtige Angelegenheiten (EDA) und das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (EVD) bereits einen

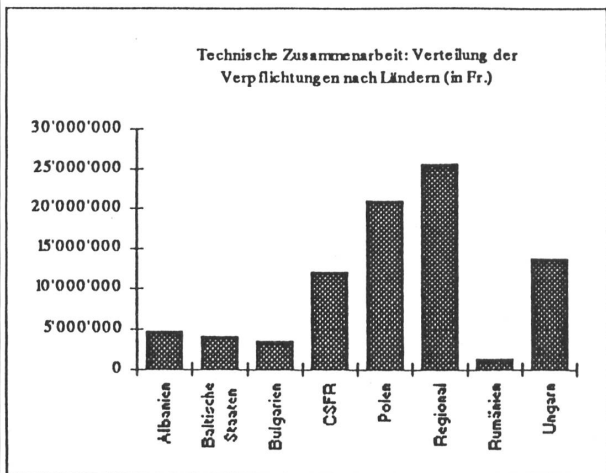
1. Rahmenkredit von 250 Mio Franken zugunsten der osteuropäischen Staaten



Minister Eric Martin erörtert die Osteuropahilfe des Bundes (Foto: J. Baumgartner).

### Die Verpflichtungen nach Ländern (Stand Ende März 1993)

#### Technische Zusammenarbeit



\* betrifft mindestens zwei Zielländer

Albanien	4'672'000
Baltische Staaten	4'022'500
Bulgarien	3'516'000
Ex-CSFR	11'950'700
Polen	20'963'100
Regional*	25'621'920
Rumänien	1'336'700
Ungarn	13'642'010

<b>Total</b>	<b>Fr. 85'724'930</b>
--------------	-----------------------

verfügen. Er war bestimmt für die Zusammenarbeit mit Polen, der ehemaligen CSFR und Ungarn, die damals auf dem Reformweg am weitesten fortgeschritten waren. Im Mai 1992 folgte der

2. Rahmenkredit über 800 Mio Franken. Mit diesem Kredit wurde die Hilfe ausgedehnt auf Albanien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Kroatien, Rumänien, Slowenien und punktuelle Projekte in der GUS.

Mit der Aufstockung dieses 2. Rahmenkredits auf 1,4 Mia Franken im März 1993 wurden auch die GUS und Georgien mit einbezogen.

#### Die Ziele der schweizerischen Unterstützung

1. Die Schweiz will die **politische Kooperation** intensivieren und damit die rechtsstaatlichen und demokratischen Verhältnisse in Osteuropa stärken.

2. Die **wirtschaftliche Zusammenarbeit** soll im Rahmen einer umweltgerechten

Wirtschaftsentwicklung das Wohlstandsgefälle zwischen Ost und West verkleinern und damit den Menschen in Osteuropa eine Perspektive geben.

3. Durch **rechtliche Zusammenarbeit** wollen wir die zwischenstaatlichen Beziehungen rechtlich verankern und so die friedliche Streitbeilegung auf eine gute Grundlage stellen.

4. Wir wollen die **gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Kontakte** ausbauen und so den zwischenstaatlichen Beziehungen eine solide gesellschaftliche Grundlage geben.

5. Wir wollen zur **Lösung von Problemen mit internationaler Dimension** beitragen (zum Beispiel weitere Tschernobyl-Fälle verhindern) und die sicherheitspolitische Zusammenarbeit stärken.

## Die Grundsätze der Zusammenarbeit

1. **Bedingungen:** Die schweizerische Unterstützung ist an vier grundsätzliche Bedingungen geknüpft: Die osteuropäischen Reformländer sollen freie und geheime Wahlen abhalten, die Menschenrechte schützen, ihren Rechtsstaat entwickeln und die soziale Marktwirtschaft einführen. Bei der Überprüfung dieser Bedingungen behält die Schweiz das Gelingen der gesamten Reformen im Auge.

2. **Wünsche der Reformländer:** Unsere Unterstützung trägt den Wünschen der Reformländer Rechnung.

3. **Flexibilität:** Sie muss bei der Auswahl der Länder, bei der Bereichsauswahl und bei der Wahl zwischen bi- und multilateraler Hilfe gewährleistet sein, denn die internationalen Bedingungen und die Situation in den Reformländern wechseln sehr schnell. Diesem schnellen Wechsel müssen wir uns anpassen können.

4. **Konzentration:** Wir streben eine Konzentration an auf bestimmte Gebiete: Wir konzentrieren die Mittel auf diejenigen Projekte und Träger, von denen wir grösstmögliche Unterstützung der Reformen erwarten können. Wir verfolgen mit jedem Empfängerland eigentliche Programme, die wir mit anderen Geberländern und internationalen Institutionen koordinieren.

5. **Hilfe zur Selbsthilfe:** Unsere Hilfe ist Hilfe zur Selbsthilfe: Sie soll die Selbstverantwortung fördern. Die Projektpartner und unmittelbaren Nutzniesser sollen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch finanziell beteiligen.

6. **Aufträge an Dritte:** In der Regel werden die Projekte nicht durch die Bundes-

Die Errichtung der für den gesellschaftlichen Konsens und die politische Stabilität so ungeheuer wichtigen politischen, rechtlichen und staatlichen Institutionen bedarf der Unterstützung.

Rahmenkredite sind Absichtserklärungen des Parlaments.

## PHARE-Demokratie-Programm

Das PHARE-Demokratie-Programm, ein neues, von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften im Juli 1992 verabschiedetes Pilotprogramm, ist Teil der Initiative des Europäischen Parlaments für Demokratie in Europa und des PHARE-Hilfsprogramms zur Unterstützung wirtschaftlicher und politischer Reformen in den Ländern Mittel- und Osteuropas. Für das neue Programm stehen 5 Millionen Ecu in Form von Zuschüssen zur Verfügung.

### Anschluss an EG

Das Programm soll vor allem einen Beitrag zur Entwicklung von pluralistisch-demokratischen Verfahren und Praktiken zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit leisten. Es ist die konkrete Umsetzung der von der EG und den mittel- und osteuropäischen Ländern eingegangenen Verpflichtungen zur Förderung der in den Europa-Abkommen und bei zahlreichen aufeinanderfolgenden KSZE-Konferenzen verankerten Prinzipien von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Wahrung der Menschenrechte und Vereinigungsfreiheit.

Bisher galten die Aufmerksamkeit des Westens und seine Hilfeleistungen vornehmlich der Einführung der Marktwirtschaft in den Ländern Mittel- und Osteuropas; aber auch die Errichtung der für den gesellschaftlichen Konsens und politische Stabilität — Vorausset-

zungen einer jeden Wirtschaftsreform — so ungeheuer wichtigen politischen, rechtlichen und staatlichen Institutionen bedarf der Unterstützung.

### Konkrete Demokratiehilfe

Neben der wirtschaftlichen Umstrukturierung und politischen Reformen werden über PHARE inzwischen auch die Reorganisation der staatlichen Verwaltung, die Entwicklung von Kommunalverwaltungen und die Stärkung der bürgerlichen Gesellschaft gefördert. Das Demokratieprogramm soll diese und andere bi- und multilaterale Unterstützungsmassnahmen ergänzen und Projekte sowohl öffentlicher als auch privater Einrichtungen kofinanzieren, bei denen Organisationen aus mittel- und osteuropäischen Staaten und EG-Mitgliedstaaten zusammenarbeiten.

Mit dem PHARE-Demokratie-Programm sollen folgende Ziele besonders gefördert werden:

a) Vermittlung von Kenntnissen über demokratische Entscheidungsprozesse und ihre Techniken an Einrichtungen und Politiker in den mittel- und osteuropäischen Staaten;

b) Stärkung von Vereinigungen und Institutionen in diesen Staaten, die von ihrer Zielsetzung her einen dauerhaften Beitrag zur Verbreitung der pluralistischen Demokratie leisten können.

behörden durchgeführt, sondern im Auftragsverhältnis an Dritte weitergegeben.

### Die Schwerpunkte der Zusammenarbeit

Die Unterstützung der osteuropäischen Staaten erfolgt dank den beiden Rahmenkrediten von 250 und 1400 Millionen Franken. Rahmenkredite sind Absichtserklärungen des Parlaments. Ihre Verwendung kann auf mehrere Jahre ausgedehnt werden. Entscheidend sind die viel kleineren Zahlungskredite, die das Parlament in seinen jährlichen Budgets bewilligt. Für die GUS im Jahre 1993 zum Beispiel 12 Mio Franken.

Für die beiden Rahmenkredite werden zwei Instrumente der Zusammenarbeit finanziert: die **technische Zusammenarbeit** und die **Finanzhilfe**. Die beiden Rahmenkredite wurden aufgeteilt im Verhältnis eins zu drei für technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe. Für diese wurden bisher 1246 Mio Franken vorgesehen, für die technische Zusammenarbeit 404 Mio Franken.

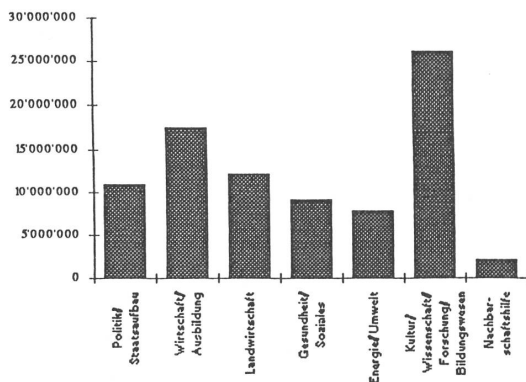
Fortsetzung Seite 16

# SCHLUSSFOLGERUNGEN

## Die Verpflichtungen der Technischen Zusammenarbeit nach Bereichen

Politik/ Staatsaufbau	Wirtschaft/ Ausbildung	Landwirtschaft	Gesundheit/ Soziales	Energie/ Umwelt	Kultur/ Wissenschaft/ Forschung/ Bildungswesen	Nachbarschaftshilfe	Total Technische Zusammenarbeit
10'941'420	17'482'210	12'085'000	9'160'000	7'842'300	26'114'000	2'100'000	Fr. 85'724'930

Technische Zusammenarbeit: Verteilung der Verpflichtungen nach Bereichen (in Fr.)



### Technische Zusammenarbeit

Von technischer Zusammenarbeit sprechen wir vor allem dann, wenn den begünstigten Ländern qualifiziertes Personal zur Verfügung gestellt wird, das organisatorische, wissenschaftliche, kulturelle und technische Kenntnisse oder praktisches Know-how vermittelt und bei der Planung und Durchführung bestimmter Projekte mitwirkt, zum Beispiel bei der Erarbeitung von Konzepten oder bei der Schaffung neuer Organisationsformen. Projekte der technischen Zusammenarbeit sind in der Regel nicht rückzahlbar. Für die technische Zusammenarbeit ist das Büro für die Zusammenarbeit mit Osteuropa (BZO) im EDA verantwortlich.

Von den bisher in den beiden Rahmenkrediten vorgesehenen 404 Mio Franken wurden für die technische Zusammenarbeit rund 86 Mio Franken bis Ende März 1993 für 290 Projektkredite zugesagt. Diese Hilfe wurde zu rund 24 Prozent verwendet im Projektbereich Wirtschaft und Ausbildung, zu 23 Prozent im Bereich Kultur, Wissenschaft und Forschung, zu 17 Prozent für landwirtschaftliche Projekte, zu 14 Prozent im Projektbereich Politik und Staatsaufbau, rund 10 Prozent wurden gebraucht im Bereich Gesundheit und Soziales, und 12 Prozent waren bestimmt für vermischte Projekte.

### Die wichtigsten Erfahrungen

1. **Schaffung eines Beziehungsnetzes** mit den osteuropäischen Staaten. Jede Zusammenarbeit baut auf einem Beziehungsgeflecht, langjährigen Partnerschaften und gegenseitigem Vertrauen auf. All dies musste mit Osteuropa nach über 40 Jahren «Eisernem Vorhang» erst wieder geschaffen werden.

2. **«Institution Building» als Voraussetzung erfolgreicher Reformen.** Die Länder Osteuropas brauchen dringend eine leistungsfähige Verwaltung, funktionsfähige Gerichte, solide Banken und dergleichen mehr. Bei der Wahl von schweizerischen Projektträgern spielt deshalb die Einschätzung, inwiefern diese geeignet sind, den Aufbau und die Entwicklung von vergleichbaren Institutionen in den Reformländern zu fördern, eine grosse Rolle. Im ersten Rahmenkredit haben wir deshalb vorwiegend mit Institutionen als schweizerische Projektträger und nicht mit privaten Konsulenten zusammengearbeitet. Es sollten und sollen institutionelle Verbindungen entstehen zwischen den Reformländern und uns, da die Reformländer in einen westlichen Kontext eingebunden werden sollen. Wir möchten dazu beitragen, eine gesellschaftliche Struktur aufzubauen, die unter Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten Parallelen zur unsrigen hat.

**Wir haben gelernt, dass das wirtschaftliche Gefälle nicht in drei Jahren ausgeglichen werden kann. Dafür braucht es eine Generation.**

3. **Trägerförderung ist wichtig.** Da es in der Zusammenarbeit mit Osteuropa wenig erfahrene Realisatoren gibt, müssen potentielle Träger zuerst aufgebaut werden.

4. **Orientierung an der Praxis.** Wir mussten am Anfang von den sich aufdrängenden Möglichkeiten der Kooperation ausgehen. Langatmige Analysen waren nicht möglich. Und von diesen offensichtlichen Möglichkeiten der Kooperation haben wir diejenigen ausgewählt, die die Reformen unterstützen und verstärken.

5. **Mehr Vertrauen in die Reformen.** Häufig wird hier in der Schweiz der Wunsch geäussert, die beschränkten Mittel auf wenige grosse Projekte zu konzentrieren. Diesem Wunsch stand aber der Wunsch der Empfängerländer entgegen, kleinere Projekte in Angriff zu nehmen, um den Menschen eine Botschaft der Hoffnung zu bringen. Viele Arbeitnehmer wussten im Jahre 1990 nicht, ob sie am nächsten Tag ihre Stelle noch haben würden oder nicht. Wir haben deshalb auch mehrere kleine Projekte realisiert, um an verschiedenen Stellen zu einer Perspektive der Hoffnung beizutragen.

6. **Mut zur Langsamkeit.** Wir haben gelernt, dass wir und unsere osteuropäischen Partner das wirtschaftliche Gefälle nicht in drei Jahren ausgleichen können. Dafür braucht es eine Generation — also 15 bis 20 Jahre. Rom wurde nicht an einem Tag gebaut, auch die westliche Demokratie und Marktwirtschaft entstand nicht in 300 oder 500 Tagen.

Der Westen hat nach der Wende wahrscheinlich zu grosse Hoffnungen geweckt. Es braucht von seiten der Reformländer viel Engagement, ihr wirtschaftliches und gesellschaftliches Gefüge zu verändern, und von unserer Seite her viel Geduld.

Gut Ding will Weile haben. ■